

Im Gespräch mit Daoud al Ghoul:

Die Vertreibung der Palästinenser:innen aus Jerusalem und der Widerstand dagegen

Im Frühjahr 2021 kam es erneut zu Vertreibungen von arabischen Bewohner:innen aus verschiedenen Stadtteilen Jerusalems (Sheikh Jarrah, Silwan). Hinzu kamen Provokationen der israelischen Polizei am Zugang zum Haram asch Sharif. Die Palästinenser:innen setzten sich mit friedlichen Mitteln zur Wehr. In der Folge kam es, unterstützt von der Polizei, zu anti-arabischen Pogromen durch faschistische Siedler – nicht nur in Jerusalem. Die israelische Polizei rückte mit Hartgummi-Geschossen und Tränengas in den Bereich der beiden großen Moscheen vor. Einer Aufforderung der Hamas zur Einstellung der Gewalt und Rückzug der Polizei kam Israel nicht nach.



Al Ghoul vor einem palästinensischen Haus in Jerusalem, das israelische Siedler an sich gerissen haben

Die Hamas schoss daraufhin Raketen nach Israel. Israel antwortete mit massiven Bombardements auf dicht besiedelte Wohnbereiche in Gaza. Ein Großteil der Raketen aus Gaza wurden vom Raketenabwehrsystem Israels abgefangen. Wie schon bei den früheren Angriffen auf Gaza war die Opferbilanz vor allem für die PalästinenserInnen verheerend. Auf israelischer Seite gab es insgesamt 11 Tote und 355 Verwundete. In Gaza 248 Tote (davon 66 Kinder) und über 1.000 Verwundete. Hinzu kamen 28 Tote und ca. 1.500 verwundete AraberInnen in Ostjerusalem und im Westjordanland.

Die Rolle unserer Massenmedien

Sie griffen wieder einmal zu einer israelfreundlichen Berichterstattung, verschwiegen die tieferliegenden tatsächlichen Hintergründe des menschenverachtenden Apartheid-Systems und der brutalen Unterdrückung. Ganz im Sinne der Regierung Israels übten sie sich in der Methode der Opfer-Täter-Umkehr.

Freitag, 1. Okt., 19:00

Graz, Gasthaus Lendplatzl, Lendplatz 11

Daoud al Ghoul, ist Politologe, Reiseführer und beteiligt sich führend an den politisch-sozialen Organisationen in seinem Wohnviertel Silwan. Er wurde aus Jerusalem deportiert und von den Besatzern verhaftet und bedroht. Im Rahmen einer Tour wird er in Wien, Graz, Linz, Innsbruck, München, Stuttgart, Düsseldorf, Berlin und Frankfurt sprechen.

Israels Politik der Enteignung und Vertreibung

„Es geht nicht um einen jüdischen Staat in Palästina, sondern um Palästina als jüdischen Staat!“ Dieses Zitat von Staatsgründer David Ben Gurion charakterisiert präzise den Kern zionistischer Politik: Es geht um ein „Groß-Israel“ zwischen Mittelmeer und Jordan mit absoluter, ethno-nationalistisch-jüdischer Dominanz. Die indigene arabisch-palästinensische Bevölkerung sollte darin nur als kleine, politisch rechtlose Minderheit Platz haben.

Nach der massenhaften Flucht und Vertreibung von insgesamt 1 Mio. arabischer BewohnerInnen in den beiden Kriegen 1948/49 („Nakba“= Katastrophe) und 1967 („Naksa“ = Rückschlag) schien das Problem im Interesse der zionistischen Staatsideologie vorübergehend entschärft.

Demographie und Ethnische Säuberung

Der Oslo-Friedensprozess und sein Scheitern an der ununterbrochen vorangetriebenen Siedlungspolitik verdeutlichten den Unwillen Israels einen palästinensischen Nachbarstaat zuzulassen. Die demographische Entwicklung stellte die Zionisten aber vor neue Herausforderungen. Westlich des Jordans sind die beiden Bevölkerungsteile mit je ca. 7 Mio. Menschen heute wieder ungefähr gleich groß.

Fallweise tauchten bei maßgeblichen PolitikerInnen Israels zwar immer noch Vorschläge für eine neuerliche großangelegte ethnische Säuberung auf. So lancierte im Nov. 2017 die Sozialministerin Gila Gamliel bei Verhandlungen in Kairo den Vorschlag der Gründung eines Staates Palästina im Sinai. Aber die israelische Führung weiß natürlich, dass die Umsetzung dieses Plans zu einem massiven palästinensischen Widerstand und entsprechenden, international verbreiteten Bildern von massenhaften israelischen Menschen- und Völkerrechtsverbrechen führen würde. Darüber hinaus würde dies die jüdische Bevölkerung in Israel selbst spalten, den gesamten arabischen Raum revolutionieren und der weltweiten Palästina-Solidaritätsbewegung starken Auftrieb geben.

Das Oslo-Fiasko

Daher haben die israelischen Regierungen während und nach den Oslo-Verhandlungen ihr Konzept der „ethnischen Dominanz“ angepasst: Gaza wurde isoliert, die großen palästinensischen Städte und ihr nahes Umfeld (Zonen A und B) wurden ähnlich den früheren „Bantustans“ Südafrikas - als zivile Selbstverwaltungskörper von Israels Gnaden eingerichtet. Die Zone C (= ca. 62 % der Westbank) steht ausschließlich unter der Herrschaft der - freilich nur für die Palästinenser:innen! - harten Knute des israelischen Militärs. Dort wird die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik vorangetrieben. Die Zahl der dort wohnenden PalästinenserInnen soll möglichst klein gehalten werden. Daher werden ihnen Baugenehmigungen verweigert. Im Trump-Netanjahu-Plan war dieses Gebiet für weitere Annexionen vorgesehen.

Brennpunkt Ost-Jerusalem

Israel hat den arabische Stadtteil 1980 völkerrechtswidrig als Teil „seiner ewigen und unteilbaren Hauptstadt“ annektiert. Seither wird versucht, ihn verstärkt zu judaisieren. Ein Mittel besteht darin, den palästinensischen BewohnerInnen ihr Eigentums- und Wohnrecht abzuerkennen.

Auszug aus Middle East Eye vom 24. 07. 2015:

Illegal zu Hause: Die Geschichte von Daoud al-Ghoul

„Ohne Beweise und unter dem willkürlichen Vorwurf, eine Bedrohung für die Stadt zu sein, wird ein in Jerusalem lebender Palästinenser aus seinem lebenslangen Zuhause ausgewiesen.“

Am Sonntag, 30. November wurde al-Ghoul auf die Polizeiwache in der Altstadt von Jerusalem gerufen. Der Grund, wie er erfahren sollte, war, ihn für sechs Monate aus der Stadt zu verweisen. Auf der Grundlage einer geheimen Akte, die besagte, dass er eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellte, wurde ihm mitgeteilt, dass er sich plötzlich illegal in der Stadt aufhielt, die er sein ganzes Leben lang sein Zuhause genannt hatte. Wenige Tage später wurde al-Ghoul aufgrund ähnlich undurchsichtiger Beweise aus dem West-Jordanland verbannt.“

Komplizen

Bei alldem dürfen wir niemals vergessen, dass diese Politik Israels nicht möglich wäre ohne die Unterstützung der USA und der EU. Deren Palästina-Politiken sind extrem verlogen. Während man in wortreichen Erklärungen für einen souveränen „Staat Palästina“ eintritt, hofiert man Israel bei jeder Gelegenheit und nimmt dessen Apartheid, Siedlerkolonialismus und brutale Besatzung sanktionslos hin. **Auch BK Kurz und sein Außenminister Schallenberg stehen dabei in der unseligen Tradition der langen Geschichte des europäischen Kolonialismus und seiner Verachtung für außereuropäische Kulturen und Völker.**